

# WISA vorwärts für Sachsen-Anhalt

## Sachsen-Anhalt braucht Sicherheit, Weltoffenheit und Zivilcourage

Bei einer zweitägigen Klausurtagung des Landesvorstandes in Halberstadt bildete neben der Vorbereitung des Landesparteitages und des Bundesparteitages das Thema „Bekämpfung des Rechtsextremismus“ den Schwerpunkt der Beratungen. Zu dem Überfall der rechter Schläger in Halberstadt verabschiedete der Landesvorstand zu Beginn seiner Beratungen die folgende Resolution:

Eine Bande rechtsextremer Schläger hat in Halberstadt Ensemblemitglieder des Nordharzer Städtebundtheaters auf offener Straße überfallen und zusammengeschlagen. Der Überfall zeigt deutlich die hohe Gewaltbereitschaft der Neonazis und ihre niedrige Hemmschwelle für solche menschenverachtenden Taten. Das Ziel ihres Angriffs führt uns außerdem wieder einmal vor Augen: Rechtsextremismus bedeutet Kulturfeindlichkeit und Barbarei. Zu Recht hat dieser Vorfall deshalb national und international für Empörung gesorgt. Der SPD-Landesvorstand Sachsen-Anhalt nimmt seine Klausurtagung in Halberstadt zum Anlass, diesen Überfall und andere rechtsextreme Gewalttaten in unserem Land nochmals zu verurteilen.

Bei der Verfolgung der Täter sind der Polizei anfangs schwere Fehler unterlaufen. Neben den rechtsextremen Verbrechen selbst sind es auch die Fehler bei ihrer Bekämpfung, die dem Ansehen Sachsens-Anhalts schaden. Die SPD unterstützt deshalb nachdrücklich den von der Landesregierung bereits seit den Vorfällen des vergangenen Jahres eingeschlagenen Weg,

- rechtsextreme Gewalt klar zu benennen und nicht zu beschönigen,
- Straftaten mit aller gebotenen Härte zu verfolgen,

○ Defizite von Polizei, Kommunen und anderen Behörden bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus herauszuarbeiten und zu überwinden und dafür insbesondere

○ Polizistinnen und Polizisten intensiv zu schulen, für rechtsextreme Entwicklungen zu sensibilisieren und für deren Bekämpfung zu motivieren.

Dieser Weg erfordert einen langen Atem. Dass er Erfolg versprechend ist, zeigen nicht zuletzt die Aufklärungserfolge bei rechtsextremen Straftaten. Diese intensive Strafverfolgung muss auf hohem Niveau fortgeführt werden. Notwendige Einsparmaßnahmen dürfen die Intensität der Ermittlungen gegen diese und andere Taten nicht beeinträchtigen.

Die Qualität der Demokratie in Sachsen-Anhalt ist nicht an der kriminellen Energie ihrer Feinde zu messen, sondern an der entschlossenen Gegenwehr der Demokraten – von Politik, Behörden und Zivilgesellschaft. Gerade in Halberstadt ist das Engagement unter dem Motto „Bunt statt braun“ geradezu vorbildlich. Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger ermutigen, diesen Einsatz für Demokratie und Toleranz fortzuführen. Dazu gehört natürlich auch eine lebendige Kulturlandschaft, die sich ohne Angst vor Einschüchterung und Gewalt entfaltet.

Die demokratischen Parteien tragen selbst hohe Verantwortung für das Eindämmen rechtsextremer Tendenzen. Mit dem Einzug der NPD in zahlreiche Kreistage ist auch im kommunalen Alltag eine neue Situation entstanden. Um sich darauf einzustellen und um nicht zuzulassen, dass kommunale Parlamente als Plattform

für die politische Durchdringung der Gesellschaft von rechts missbraucht werden, haben wir Orientierungspunkte zum Umgang mit der NPD in Kommunalparlamenten beschlossen. Wir laden die anderen demokratischen Parteien und Wählergemeinschaften ein, diese Orientierungspunkte zu erörtern und ein abgestimmtes Vorgehen zu erreichen.

Auch in Sachsen-Anhalt ist der wirtschaftliche Aufschwung zu spüren. Unsere Aufgabe ist es, daraus einen sozialen Gewinn für alle zu machen. Unsere Pflicht ist es zu verhindern, dass durch Gewalt, Demagogie und Fremdenhass Perspektiven für die Menschen wieder zerstört werden. ■



Liebe Genossinnen und Genossen,

die SPD Sachsen-Anhalt schaltet sich intensiv in die Diskussion um unser neues Parteiprogramm ein. Gerade nach den jüngsten Entwicklungen im Parteiensystem muss die SPD Flagge zeigen: mit einem unverwechselbaren sozialen Profil, mit einem klaren Bekenntnis zur inneren Einheit Deutschlands und zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Dass der bisherige Programmentwurf dazu nichts sagt, darf nicht so bleiben.

Zum Landesparteitag am 15. September 2007 wird der Landesvorstand einen Leitantrag vorlegen, der deutliche Impulse für den Parteiparteitag der Bundespartei geben wird. Dabei haben wir besonders zum Thema Bildung eine Menge beizusteuern: zur Ausgestaltung von Kindertagesstätten als Orte der frühkindlichen Bildung, zur Chancengleichheit auch für Kinder von Langzeitarbeitslosen, zum längeren gemeinsamen Lernen mit der Perspektive der Allgemeinbildenden Oberschule. In der Diskussion um den „vorsorgenden Sozialstaat“ legen wir Wert darauf, dass Arbeit für alle mit existenzsichernden Löhnen die Grundlage für Teilhabe an der Gesellschaft ist.

Die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungsprozesse verlangen den Menschen heute eine enorme Flexibilität ab. Politik kann in solchen Zeiten Vertrauen nur mit klaren Standpunkten gewinnen. Diese Orientierung muss die SPD mit ihrem neuen Parteiprogramm geben. Denn Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität behalten auch und erst recht in der global vernetzten Welt ihre Gültigkeit.

Euer  
Holger Hövelmann



Vor Beginn der Sitzung des Landesvorstandes traf sich der Landesvorsitzende und Innenminister mit den Schauspielern des Nordharzer Städtebund-Theaters, die Opfer der rechten Attacke geworden waren. (Foto: Tom Koch, Volksstimme)

## Orientierungspunkte zum Umgang mit der NPD in Kommunalparlamenten

Im Ergebnis der Kommunalwahlen 2007 wird die NPD in 7 Kreistagen mit insgesamt 13 Mitgliedern vertreten sein. Dazu kommen Vertreter der DVU im Stadtrat Dessau-Roßlau und der DP in Wittenberg. Damit ist eine neue Qualität der rechtsextremen Präsenz in den Kommunalparlamenten Sachsen-Anhalts entstanden und die demokratischen Parteien stehen vor neuen Herausforderungen in der täglichen politischen Auseinandersetzung. Burkhard Lischka, Mitglied des Magdeburger Stadtrates und Staatssekretär im Justizministerium, hat mit der rührigen „Arbeitsgruppe gegen Rechts“ zahlreiche einschlägige Erfahrungen aus anderen Bundesländern, aber auch z.B. aus dem Kreistag des Burgenlandkreises gesammelt.

Der Vorschlag der AG gegen Rechts: „Wir wollen uns mit unseren sozialdemokratischen Kreistagsfraktionen auf einige Orientierungspunkte im Umgang mit Rechtsextremen in den Kommunalparlamenten verständigen und den Austausch mit anderen Fraktionen suchen, um ein gemeinsames Vorgehen demokratischer Kräfte in den Kreistagen zu ermöglichen. Unsere Hinweise dienen als erste Orientierung und werden bei Bedarf fortgeschrieben.“

### Inhaltliche Auseinandersetzung

1. Die NPD ist eine verfassungsfeindliche Partei und greift Themen lediglich

### Budde: Beschluss zu Mindestlohn Minimal-kompromiss



„Das Ergebnis der Berliner Nachtsitzung des Koalitionsausschusses zum Thema Mindestlohn ist unzureichend. Es stellt nur den kleinsten gemeinsamen Nenner dar. Zwar begrüßen wir die Ausweitung des Entsendegesetzes auf zusätzliche Branchen als einen ersten Schritt, aber diese Regelung löst das Problem nicht. Wenn mit der CDU nicht mehr zu vereinbaren ist, werden wir den gesetzlich geregelten Mindestlohn zum Thema der nächsten Wahlkämpfe machen.

Die SPD beharrt darauf, dass jeder und jede, der einen Vollzeitjob hat, von seiner Arbeit auch leben können muss. Wir müssen flächendeckend bei den Löhnen eine untere Grenze einziehen. Wenn dies zwischen den Tarifparteien nicht ausgehandelt werden kann, muss der Gesetzgeber einschreiten.“



Leitet die Arbeitsgruppe gegen Rechts: Burkhard Lischka

auf, um sie in ihrem rechtsextremen, rassistischen Sinne umzumünzen. Sie kann und wird von uns daher nicht wie jede andere Partei behandelt werden. Deshalb wird Anträgen der NPD generell nicht zugestimmt, auch dann nicht, wenn das konkrete Anliegen inhaltlich nicht falsch ist.

2. In der politischen Auseinandersetzung mit der NPD wird von uns immer der verfassungsfeindliche Charakter der NPD hervorgehoben. Niemals lassen wir uns darauf ein, lediglich anhand von Einzelthemen die politische Auseinandersetzung zu führen. Vielmehr stellen wir immer heraus, dass die NPD rechtsextrem, nationalistisch und rassistisch ist und wohin ihre Haltung führt.

3. Themen, die die NPD aufgreifen könnte, lassen wir erst gar nicht „anbrennen“. Wir drücken uns nicht vor schwierigen Themen, sondern sprechen sie selber offensiv an und verhindern damit, dass die NPD sie besetzen kann.

4. Um zu vermeiden, dass die Behandlung von NPD-Anträgen zeitlich überhand nimmt, stimmen wir uns mit den anderen Fraktionen ab, dass zu den NPD-Anträgen jeweils nur ein/e Redner/in für alle Fraktionen kurz und knapp Stellung nimmt.

5. Rassistische Aussagen von NPD-Leuten bleiben niemals unwidersprochen. Vielmehr nutzen wir z.B. das Instrument der persönlichen Erklärung, um klar und deutlich zu widersprechen und darauf hinzuweisen, wohin diese rassistischen Haltungen führen und geführt haben. Wo Volksverhetzung betrieben

wird, scheuen wir uns nicht, Strafanzeige zu erstatten.

6. Wir bauen – soweit noch nicht vorhanden – Kontakte zu den Netzwerken für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit auf und tauschen uns mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Region über rechtsextreme Aktivitäten aus. Wir führen den Kampf gegen Rechtsextremismus sowohl in der Gesellschaft als auch im Kreistag bzw. in den Gemeinde- und Stadträten.

7. Wir suchen den Kontakt mit lokalen Medien, um unseren Umgang mit der NPD zu begründen und die Medien in die Mitverantwortung für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der NPD zu nehmen, bei der der verfassungsfeindliche Charakter der NPD offengelegt wird.

### Formale Instrumente

1. Wir stellen uns darauf ein, dass die NPD „Gäste“ in den Kreistag holt und versucht, durch das Publikum Stimmung zu machen. Wir lassen uns nicht provozieren und wir sorgen selber dafür, dass demokratische Öffentlichkeit im Kreistag präsent ist.

2. Soweit die NPD in kommunalen Gremien vertreten ist, bauen wir informelle Kontakte zu den anderen Fraktionen auf bzw. bemühen uns um eine informelle Gesprächsebene beim Landrat ohne NPD.

3. Wir wenden die Geschäftsordnung rigoros an, um zu verhindern, dass die NPD den Kreistag instrumentalisiert:  
- Das Fragerecht kann beispielsweise auf zwei Zusatzfragen eingeschränkt werden  
- ggf. kann die Zahl der mündlichen Fragen in den Grenzen der Gemeindeordnung begrenzt werden

4. Die Auseinandersetzung mit der NPD stellt hohe Anforderungen an die Auswahl und die Arbeit des Kreistagspräsidenten:  
- Das Instrument des Ordnungsrufs und des Verweises muss konsequent genutzt werden.

- Bei Anträgen und Themen kann auf die Nichtzuständigkeit des Kreistags gepocht werden, um zu verhindern, dass der Kreistag als Plattform allgemeiner Agitation missbraucht wird. ■

### Impressum:

Vi.S.d.P.: Franz Stänner  
Redaktion: Franz Stänner, Susi Möbbeck, Martin Kreams, Jörn Rößler  
Gestaltung: Jörn Rößler  
Beiträge an: franz.staenner@spd-lsa.de  
Anschrift: SPD-Landesgeschäftsstelle, Redaktion WiSA, Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg

## Aufruf der Kirchen



Die Evangelische und die Katholische Kirche in Sachsen-Anhalt haben die Bevölkerung zu einem energischen Eintreten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus aufgefordert. Knapp ein Jahr nach der Verbrennung eines Anne-Frank-Tagebuchs und vor dem Hintergrund des Neonazi-Überfalls in Halberstadt äußerten sich die Bischöfe beider Kirchen „besorgt über die Situation in unserem Land“. Das „gemeinsame Wort“ wurde in den Gottesdiensten verlesen. Die Übergriffe extremistischer Gruppen in Sachsen-Anhalt werteten die Kirchenvertreter als „Zeichen von geistiger Verirrung, Rohheit und fehlender Achtung vor dem Menschen“. Die Bischöfe ermutigen die Gläubigen, „diese Situation nicht widerspruchslos hinzunehmen, sondern ihr mit Entschiedenheit zu begegnen“.

„Widersprechen Sie rechten Parolen, die für gesellschaftliche Probleme radikale und einfach klingende Lösungen fordern.“ Aufgerufen wird auch zum Engagement für die Arbeit mit Jugendlichen. „Ohne glaubwürdige Vorbilder läuft die Suche vieler Jugendliche nach Orientierung und Zukunft ins Leere.“ ■

## Pension für SED-Opfer

Wie der altmärkische SPD-Bundestagsabgeordnete Marko Mühlstein mitteilte, passierte die SED-Opferrente mit den Stimmen der Regierungskoalition aus SPD und Union den Deutschen Bundestag. Dadurch wurde das Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR zur Befassung an den Bundesrat überwiesen, der das Gesetz am 6. Juli 2007 beschließen wird.

Marko Mühlstein zeigte sich erfreut: „Nun ist der Weg frei, dass eine Vielzahl Betroffener und besonders wirtschaftlich beeinträchtigter Opfer mit einer monatlichen Opferpension in Höhe von 250 € rechnen können.“ Laut Mühlstein sind alle Personen anspruchsberechtigt, die nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz rehabilitiert wurden und länger als sechs Monate in Haft waren oder im Besitz einer Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 des Häftlingsgesetzes sind, wenn die Verurteilung nicht durch ein deutsches Gericht erfolgte. Gleichzeitig verwies Marko Mühlstein darauf, dass die Zahlung der Opferrente in Höhe von 250 € aus Gründen der Gleichbehandlung mit anderen Opfergruppen an die Bedingung einer besonderen wirt-

schaftlichen Bedürftigkeit geknüpft ist. Im Kern bedeutet dies, dass Ledige mit einem Einkommen unter 1.035 € im Monat bzw. Verheiratete unter 1.380 € im Monat Anspruch auf eine Opferpension haben.

Hinzu komme, dass mit dem Gesetz einige bürokratische Hürden abgebaut wurden. So muss beispielsweise nicht mehr alle sechs Monate erneut ein Antrag gestellt werden. Die Leistungen werden unbefristet gewährt, verbunden mit der Maßgabe, dass der Empfänger verpflichtet ist, Änderungen seiner wirtschaftlichen Situation selbständig anzuzeigen. Neben den genannten Neuerungen sieht das Gesetz ebenso vor, dass die ursprünglich zum Ende dieses Jahres auslaufende Frist für die Antragstellung auf Rehabilitation nach dem Rehabilitierungsgesetz nunmehr auf den 31.12.2011 verlängert wurde. Dadurch haben SED-Opfer ausreichend Zeit, noch nicht gestellte Anträge auf Rehabilitation zu stellen. Zuständig für die Antragstellung und Leistungsgewährung sind die Rehabilitierungsbehörden der einzelnen Bundesländer. Die Adressen können auf der Internetseite des Bundesministeriums der Justiz unter Rehabilitation für die Opfer des SED-Regimes, Merkblatt StrRehaG, abgerufen werden: [www.bmj.bund.de](http://www.bmj.bund.de). ■

## Einladung zum Landesparteitag am 15.09.2007 in Halle

- Vorläufiger Ablauf -

1. Eröffnung des Landesparteitags durch den Landesvorsitzenden Holger Hövelmann
  - 1.1. Beschlussfassung über die Tagesordnung
  - 1.2. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
  - 1.3. Wahl des Präsidiums
2. Konstituierung
  - 2.1. Wahl der Mandatsprüfungskommission
  - 2.2. Wahl der Zählkommissionen
  - 2.3. Bestätigung der Antragskommission
3. Grußwort der Oberbürgermeisterin der Stadt Halle/Saale, Dagmar Szabados
4. Grundsatzprogrammdiskussion
  - Rede Wolfgang Thierse
  - Rede Jens Bullerjahn
  - Aussprache
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Antragsberatung
  - 6.1. Anträge zum Grundsatzprogramm
  - 6.2. Leitanträge des Landesvorstandes
  - 6.3. weitere Anträge
7. Personalvorschläge zum Bundesparteitag
  - Parteivorstand
  - Kontrollkommission
  - Schiedskommission
8. Schlusswort des Landesvorsitzenden

Sachsen-Anhalt

**SPD**

## Juso-Hochschulgruppe gewinnt erneut in Gremienwahlen in Magdeburg



Wie auch im letzten Jahr waren die diesjährigen Gremienwahlen ein Erfolg für die Sozialdemokratie an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Jährlich wählen die Studierenden der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg ihre VertreterInnen für die einzelnen Gremien auf Fakultäts- und Universitätsebene, d.h. für die Fakultäts- und Fachschaftsräte, den Senat und den Studentenrat.

Die Liste „Juso-Hochschulgruppe - BAföG rauf!“ konnte sich bei der Wahl des größten studentischen Gremiums, dem Studentenrat, mit 6.569 Stimmen um mehr als 2500 Stimmen im

Vergleich zum Vorjahr verbessern und ist damit erneut stärkste Kraft. In allen anderen Gremien konnte sie ebenfalls die meisten Stimmen auf sich vereinen. Im Studentenrat und im Fachschaftsrat der Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften werden jeweils drei Mitglieder der Juso-HSG vertreten sein.

Im akademischen Senat der Universität und im Fakultätsrat der Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaft wird die Juso-HSG jeweils 2 von 4 Mandaten besetzen.

Kontakt: [www.juso-hsg-magdeburg.de](http://www.juso-hsg-magdeburg.de) ■

## Neuer AJS Vorstand für Sachsen-Anhalt gewählt



Der im Juni neu gewählte Vorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) in Sachsen-Anhalt. v.l.n.r.: Frank Hüttemann, Anja Naumann, Burkhard Lischka, Angela Kolb, Steffen Schmidt, Ronald Brachmann, Wolfgang Wüstrich, Thomas Wünsch. ■

## Informationsbroschüre erschienen

„Verantwortung für Sachsen-Anhalt“ – unter diesem Motto haben die zehn direkt gewählten SPD-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt gemeinsam eine Landesgruppenbroschüre veröffentlicht. Neben der Vorstellung der einzelnen Mitglieder der Landesgruppe Sachsen-Anhalt in der SPD-Bundestagsfraktion, mit Kontaktdaten der Abgeordnetenbüros in Berlin und den Bürgerbüros in den jeweiligen Wahlkreisen, enthält die Broschüre in kompakter und übersichtlicher Form auch eine Zusammenfassung der politischen Ziele der SPD - Bundestagsfraktion. Dabei wird insbesondere Bezug auf die Situation in unserem Bundesland genommen sowie ein guter Überblick über die Reformvorhaben der SPD und

den Stand ihrer Umsetzung gegeben.

Von besonderem Interesse sind dabei sicher die persönlichen Statements der Politiker unter der Überschrift: „Was mir wichtig ist...“. ■

## Wir begrüßen als neue Mitglieder der SPD in Sachsen-Anhalt...

Bäse	Diana	Bitterfeld	Nitsch	Torsten	Halberstadt
Baum	Claas-M.	Halberstadt	Paduch	Andre	Grunddörfer
Benschek	Sven	Eisleben	Paduch	Bernd	Grunddörfer
Blasczyk	Jens-Uwe	Stendal	Paschke	Sven	Magdeburg
Bransche	Florenz	Halle	Penndorf	Thomas	Zeitz
Bröcker	Alexander	Loburg	Raue	Kerstin	Zerbst
Brüggemann	Marianne	Huy-Fallstein	Rehbaum	Jörg	Burg
Dikhoff	Thomas	Barleben	Rischke	Michael	Klötze
Erben	Iris	Weißenfels	Ruschke	Katharina	Sangerhausen
Ewert	Franz Peter	Halle	Schmidt	Andy	Genthin
Franke	Jan	Magdeburg	Scholz	Martina	Wittenberg
Gaczensky	Matthias	Aschersleben	Schöne	Stephanie	Halle
Heilmann	Carolin	Köthen	Schwenck	Ingeborg	Möser-Sch.-Lost.
Helbig	Philipp	Halle	Schwindack	Moritz	Burg
Hempel	Patrick	Halle	Seemann	Sören	Dessau
Hennwald	Sven	Halberstadt	Semmler	Detlef	Aken
Herbst	Dietmar	Oschersleben	Simon	Philipp	Elbe-Heide
Karnbach	Andreas	Magdeburg	Sklenar	Martin	Schönebeck
Kausche	Matthias	Gardelegen	Sobott	Jonas	Naumburg
Kayser	Jens	Magdeburg	Stegert	Oliver	Gardelegen
Kutsche	Daniel	Siedlung Ziebigk	Thiele	Hans	Klötze
Lange	Sarah Chr.	Magdeburg	Thiele	Antje	Coswig
Lubenow	Alexander	Halle	Tybora	Jacqueline	Magdeburg
Meth	Steffen	Quedlinburg	Unger	Robert	Halle
Möhring	Florian	Magdeburg	Voigt	Melanie	Magdeburg
Müller	Kathrin	Weißenfels	Wagner	Ringo	Magdeburg



## Ein Herz für Störche...



... zeigte die Landtagsabgeordnete Nadine Hampel, als sie beim Besuch des Umweltausschusses des Landtages auf dem Stor-

chenhof in Loburg kurzerhand die Patenschaft für ein zwei Tage altes Storküken übernahm. Der zweite Storch heißt Onko.

Die Zukunft der Störche ist ungewiss. Schrumpfende Lebensräume und der Klimawandel setzen dem Storch sehr zu. Die Vogelschutzwarte Storchhof Loburg e.V. leistet hervorragende Arbeit für den Schutz der stark bedrohten Spezies Storch. Wer sich über die Arbeit des Vereins informieren und ihn unterstützen möchte, kann sich unter der Adresse [www.storchhof-loburg.de](http://www.storchhof-loburg.de) informieren. ■